# Über wen reden wir?

Andrea Kothen

## Fluchtgründe und Herkunftsgruppen

*Über wen reden wir? Im Folgenden soll es um einige Aspekte der aktuellen Situation in Hauptherkunftsländern von Geflüchteten und Fluchtursachen gehen. Über die meisten Herkunftsländer von Geflüchteten sprechen wir nicht erst seit gestern – es sind seit Jahren, teils sogar seit Jahrzehnten, immer dieselben.*

Eine Ausnahme stellen die Ukrainer*innen dar, die vor allem im Jahr 2022 kamen, mit inzwischen insgesamt über 1,2 Mio Menschen.[1]

Allerdings: Es würde den zeitlichen Rahmen der Veranstaltung sprengen, alle wichtigen Herkunftssituationen auch nur kurz zu skizzieren. Deshalb fokussiere ich mich im Wesentlichen auf die aktuell ersten großen drei Gruppen an Asylsuchenden – Syrien, Afghanistan und die Türkei. Sie stellen derzeit zusammen rund 60 Prozent der Asylerstanträge[2].

Auch Länder wie Irak, Iran, Somalia oder Eritrea befinden sich seit vielen Jahren unter den Hauptherkunftsstaaten. Seit 2022 ist Russland, kaum überraschend, auch wieder in den TOP 10 zu finden, aus schleswig-holsteinischer Perspektive wäre der Jemen als relevantes Herkunftsland zu erwähnen.

Lassen Sie mich trotzdem zunächst mit der Gegenfrage beginnen: Über wen reden wir eigentlich nicht, wenn wir hier über Geflüchtete und Asyl reden?

### Krisen außerhalb unseres Blickfelds

Es gibt dramatische Konflikte auf der Welt, die nicht nur in unserer Asylpolitik, sondern auch in Medien und Öffentlichkeit von vornherein kaum eine Rolle spielen oder nach kurzer Schlagzeilen-Präsenz aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Zwei Beispiele:

- Im Sudan hält der im April 2023 ausgebrochene Krieg unvermindert an: Er verursacht die laut Internationalem Rotem Kreuz (IRC) derzeit „größte Hunger- und Vertreibungskrise der Welt“[3]: Nach UNHCR-Angaben wurden bei Ausbruch des Konflikts mehr als sechs Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben, über eine Million flohen in die Nachbarstaaten. Bis Mai 2024 stieg ihre Zahl auf über sieben Millionen Binnenvertriebene und fast zwei Millionen Flüchtlinge in den Nachbarstaaten an. 25 Millionen Menschen im Land sind unterernährt, über 750.000 Menschen akut von einer Hungersnot bedroht.[4] Neben der humanitären Krise herrscht unvorstellbare Gewalt: Die Vereinten Nationen zeigen sich erschüttert über Berichte über willkürliche Verhaftungen, Entführungen, Folter, Zwangsrekrutierung von Jugendlichen, Menschenhandel, gezielte Tötungen und sexuelle Gewalt.[5] Die Zahl der Menschen, die nach Deutschland kommen, ist dagegen verschwindend gering. Nur rund 800 Sudanes*innen haben 2023 hier Asyl beantragt, in diesem Jahr bislang knapp 600.[6]
- Ein anderes Beispiel für eine weitgehend aus unserem Blickfeld verschwundene Flüchtlingskrise ist Myanmar. Auch dort eskaliert die Gewalt seit dem Militärputsch vor drei Jahren. Im vergangenen Jahr wurden erneut mehr als als 1,3 Millionen Menschen vertrieben, jetzt gibt es dort über 2,6 Millionen Binnenflüchtlinge.[7] Hinzu

1 Anzahl ukrainischer Flüchtlinge in EU-Staaten 2024 | Statista
2 BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Aktuelle Zahlen – Aktuelle Zahlen (08/2024)
3 IRC-Bericht: Ein Jahr Krieg in Sudan – Einblicke in die schlimmste Vertreibungskrise der Welt | International Rescue Committee (IRC)
4 Global Trends report 2023 | UNHCR
5 Erschütternde Menschenrechtsverletzungen im Sudan – Vereinte Nationen – Regionales Informationszentrum für Westeuropa (unric.org)
6 BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Aktuelle Zahlen – Aktuelle Zahlen (08/2024)
7 Global Trends report 2023 | UNHCR

kommen die staatenlosen Rohingya, deren brutale Vertreibung nach Bangladesh schon 2017 bekannt wurde. Mit dem Ende der damaligen Massenflucht erlosch auch weitgehend das Medieninteresse an ihnen. Laut UNO-Flüchtlingshilfe leben aktuell rund 980.000 Rohingya unter schwierigsten Bedingungen in überfüllten Camps in einer Region, die massiv von Klimawandel und Umweltkatastrophen betroffen ist: „Erdrutsche, Überschwemmungen und Stürme haben in den letzten Jahren immer wieder hunderte Unterkünfte beschädigt oder zerstört. In der Monsunzeit ist dies jedes Jahr eine große Gefahr."[8] Die Verzweiflung in diesen Lagern treibt Rohingya-Flüchtlinge dazu, ihr Leben auf gefährlichen Seewegen zu riskieren – sie kommen – nein – nicht nach Europa, sondern sie versuchen vor allem, es nach Indonesien und Malaysia zu schaffen. Die Zahl der Asylanträge von Geflüchteten aus Myanmar betrug im vergangenen Jahr rund 200 und auch im laufenden bisherigen Jahr gerade einmal 170.[9]

Neben den Krisen, die in unserer Wahrnehmung kaum noch vorhanden sind, gibt es natürlich auch solche, die sehr präsent sind: Nicht nur die Lage der Ukraine steht nachvollziehbarerweise im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit, sondern auch die im Gaza-Streifen. Gleichwohl ist es so, dass sich aus Gaza nur sehr wenige Menschen nach Deutschland flüchten – vor allem einfach deshalb, weil eine Flucht aus der abgeriegelten Enklave kaum möglich ist.

## *Gaza*

Was im Gazastreifen derzeit passiert, entnehmen Sie jeden Tag den Medien. Seit dem barbarischen Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 führt Israel im Gaza-Streifen einen Krieg, der wohl bereits über 40.000 Menschen das Leben gekostet hat, über 90.000 Menschen sollen verletzt worden sein. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden seit Kriegsbeginn 90 Prozent der Bevölkerung zu Binnenvertriebenen. Medico international beschreibt die Enklave als ein „nach mehr als zehn Monaten Krieg in weiten Teilen unbewohnbares Trümmerfeld", die Lebensgrundlage von zwei Millionen Menschen in Gaza sei zerstört.[10] Viele seien mehrfach vor Bombardierungen auch in zuvor als sicher deklarierten Zonen geflohen. Sie haben ihre Wohnung oder ihr Haus verloren, leben in Notunterkünften oder unter freiem Himmel und können den von Israel abgeriegelten Gazastreifen nicht verlassen. Eine Flucht über die Grenze ins benachbarte Ägypten ist den Menschen nicht möglich, denn Ägypten hält seine Grenzen geschlossen, weil die ägyptische Regierung ein Übergreifen des Konflikts ins eigene Land befürchtet. Vor einigen Tagen meldete die Tagesschau, dass in Gaza das neue Schuljahr beginne: in Zelten, denn 85 Prozent der Schulgebäude seien zerstört.[11]

In Deutschland zählte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im ersten Halbjahr 2024 nur etwas mehr als 400 Asylerstanträge von Menschen aus palästinensischen Gebieten, im Jahr 2023 waren es 700.[12] Das ist sehr wenig.

Aus asylpolitischer Sicht ist die Sachlage für die Asylsuchenden allerdings klar, wie PRO ASYL bereits im April 2024 ausgeführt hat[13]: Jede in Gaza lebende Person ist einer extrem hohen Wahrscheinlichkeit ausgesetzt, Opfer des Krieges zu werden. Nach den Regeln des internationalen Rechts ist auch den Gaza-Flüchtlingen subsidiärer Schutz zu gewähren. Deutsche Gerichte haben dies anerkannt, etwa das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt. Trotz dieser klaren Rechtslage hat das BAMF die Asylverfahren palästinensischer Geflüchteter ausgesetzt. Es wird einfach nicht entschieden. Wir kennen eine solche Strategie von anderen dramatischen Situationen: Augen zu und hoffen, dass ein akuter Kriegszustand vorübergeht, um am Ende feststellen zu können, dass die Situation sich gebessert hat, und Schutzsuchende ablehnen zu können. Dies ist aber inakzeptabel und es widerspricht den Grundsätzen eines fairen Asylverfahrens genauso wie des humanitären Völkerrechts.

Deshalb erwarten wir, dass das BAMF seine Praxis ändert und die Entscheidungen in Asylverfahren von Palästinenser*innen fortsetzt. Kriegsflüchtlinge aus dem Gaza-Streifen müssen in Deutschland Schutz finden. Darüber hinaus sollten Kranke und Verletzte zur

Behandlung evakuiert und Kriegsopfern, die von ihren Verwandten in Deutschland gerettet und hierhergeholt werden könnten, die Türen geöffnet werden.

## *Weltweite Situation*

Bevor wir dazu kommen, wie viele Flüchtlinge sich warum in Deutschland aufhalten, sollten wir uns immer wieder klar machen, dass die Aufnahmezahlen in Deutschland wie in Europa bei Weitem nicht das Ausmaß der weltweiten Fluchtbewegungen abbilden:

Für April 2024 gibt UNHCR die Zahl der Geflüchteten weltweit mit rund 120 Millionen Menschen an, ein neuer trauriger Rekord.[14] Rund 40 Prozent davon sind Kinder und Jugendliche. Sie sind damit

8 Rohingya Flüchtlinge in Bangladesch: Auf der Suche nach Sicherheit (uno-fluechtlingshilfe.de)
9 Antrags-, Entscheidungs- und Bestandsstatistiken des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Berichtszeitraum 1.1.2023 – 31.12.2023 bzw. 1.1.2024 – 30.06.2024, per Email an PRO ASYL
10 Gaza-Krieg – Keine Zuflucht, nirgends – medico international
11 Schulstart in Gaza zwischen Trümmern und Zeltstädten | tagesschau.de
12 Antrags-, Entscheidungs- und Bestandsstatistiken des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Berichtszeitraum 1.1.2023 – 31.12.2023 bzw. 1.1.2024 – 30.06.2024, per Email an PRO ASYL
13 Völlig unbegründet: Bundesamt legt Asylverfahren palästinensischer Flüchtlinge aus Gaza auf Eis | PRO ASYL
14 Diese und die folgende Angaben Global Trends report 2023 | UNHCR

überproportional betroffen, denn sie machen laut UNHCR nur 30 Prozent der Weltbevölkerung aus. Bekanntermaßen, und UNHCR wird nicht müde, das Jahr für Jahr zu betonen, kommen die meisten Flüchtlinge kaum über ihre Herkunftsregion hinaus. Noch immer bleiben die meisten Fliehenden innerhalb ihres Herkunftslandes oder in den Nachbarstaaten. Viele deshalb, weil sie zunächst auf Rückkehr hoffen, dann nicht mehr weiterwollen oder nicht weiterkönnen. Die meisten Geflüchteten leben in Langzeitkrisen, oft jahrzehntelang. Viele von ihnen wurden in Flüchtlingscamps geboren und kennen nur das Exil.

Drei Viertel der weltweit Fliehenden werden von armen oder einkommensschwachen Ländern aufgenommen – wobei „aufgenommen" zugegebenermaßen nicht bedeutet, mit offenen Armen und in Würde aufgenommen zu werden. Das trifft auch auf diejenigen Flüchtlingsgruppen zu, von denen es ein relevanter Anteil nach Deutschland geschafft hat: 90 Prozent der afghanischen Flüchtlinge leben in Pakistan und dem Iran. Drei Viertel der syrischen Flüchtlinge leben in den Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien.

Im Folgenden nun einige Blitzlichter auf die Hauptherkunftsländer von Asylsuchenden.

## *Syrien*

Syrien ist spätestens seit Ausbruch des Bürgerkriegs 2011 ganz vorne in der Asylantragsstatistik der Bundesrepublik. Die syrische Katastrophe hält inzwischen seit über 13 Jahren an. Zur politischen Tragödie kommt hinzu, dass die wirtschaftliche Lage in Syrien katastrophal ist und das verheerende Erdbeben im letzten Jahr die Lage weiter verschärft hat.[15] Viele Menschen haben ihre Häuser und Einkommensmöglichkeiten verloren und haben (auch nach dem jüngsten Regimewechsel) kaum Zugang zu Lebensmitteln oder medizinischer Versorgung.

Von deutschen Spitzenpolitikern wird seit einigen Wochen medienwirksam die Abschiebung von Straftäter*innen nach Syrien gefordert. Manche fordern gar generell die Wiederaufnahme von Abschiebungen nach Syrien, so zum Beispiel der CDU-Politiker Mario Voigt, der gerade Ministerpräsident von Thüringen werden will.[16]

Ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster machte im Juli 2024 Schlagzeilen, weil es angeblich feststellte, dass die Kriegsgefahr in Syrien vorbei sei und Syrer*innen deshalb keinen Schutz mehr in Anspruch nehmen könnten. Das ist allerdings zum einen eine Fehlinterpretation des Urteils und zum anderen schlicht falsch, wie Pro Asyl in einer Meldung vom August 2024 erklärt[17]: Denn der Kläger in dem Verfahren hatte bereits ein Abschiebungsverbot. Es ging bei dem Verfahren nur noch um die Frage, ob er einen – besseren – Flüchtlingsstatus erhalten könnte, was ihm aufgrund einer strafrechtlichen Verurteilung verwehrt worden war. Ob es rechtlich möglich ist, Abschiebungen nach Syrien wieder aufzunehmen, war gar nicht Gegenstand der Fragestellung an das Gericht.

Was den Bürgerkrieg angeht, auch wenn es einzelne Politiker, insbesondere das AfD-Personal, es derzeit verkündet: Nein, der Krieg ist nicht vorbei. Erst vor einer Woche, am 10. September 2024, hat die Syrien-Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats ihren neuen Bericht vorgestellt: In Syrien droht der seit 2011 dauernde Konflikt erneut zu eskalieren, heißt es da laut Medienberichten[18]. Es gebe „neue Wellen von Feindseligkeiten", neue Kämpfe im Nordosten Syriens von Kurden und den Regierungstruppen mit ihren jeweiligen Verbündeten. Die Regierungstruppen hätten sogar Streumunition eingesetzt. Nicht weniger als sechs Staaten sind in Syrien militärisch aktiv, darunter die Türkei, Israel, die USA, Iran und Russland.

In allen Landesteilen Syriens soll es weiterhin zu Kampfhandlungen kommen. Auch die EU-Asylagentur EUAA stellte im April 2024 für zahlreiche Provinzen Syriens fest, dass die willkürliche Gewalt ein solches Ausmaß erreiche, dass eine zurückgekehrte Zivilperson allein aufgrund ihrer Anwesenheit einer ernsthaften Bedrohung ausgesetzt sei und daher subsidiären Schutz benötige.[19] (Ob der seit Dezember 2024 erfolgte Machtwechsel vom Assad-Regime an die HTS-Miliz tatsächlich Frieden bringt, ist längst nicht ausgemacht. Derzeit flammen Kämpfe v. a. in den kurdischen Gebieten auf).

So viel zum Thema Bürgerkrieg – an der Stelle muss aber noch mit einem weiteren Missverständnis aufgeräumt werden: Es wird in der deutschen Diskussion oft angenommen, dass Syrer*innen deshalb subsidiären Schutz bekommen, weil in Syrien noch immer ein Bürgerkrieg herrscht. Das ist aber gar nicht richtig. Tatsächlich bekommen Geflüchtete in fast allen Fällen aus einem anderen Grund subsidiären Schutz: weil ihnen bei einer möglichen Rückkehr Folter oder eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung drohen.

Das ist eine Formulierung aus der Europäischen Menschenrechtskonvention. Da heißt es in Artikel 3: „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden." Dieses Verbot ist gleichlautend in der Grundrechte-Charta der Europäischen Union festgehalten. Und das bedeutet: Selbst dann, wenn es keine offenen Kriegshandlungen gäbe oder in bestimmten Regionen gerade keine gibt – die Menschenrechtslage ist in ganz Syrien verheerend:

Es gibt zahlreiche Berichte über willkürliche Verhaftungen, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und Verschwindenlassen.[20] Ethnische und religiöse Minderheiten, Personen, die als nicht loyal zum Regime gelten, oder solche, die sich den lokalen Machthabern (angeblich) widersetzen, sind besonders gefährdet.

Das BAMF schreibt in einer Pro Asyl vorliegenden aktuellen Begründung für die Gewährung von subsidiärem Schutz: „Es ist weiterhin in keinem Teil Syriens Rechtssicherheit und/oder Schutz vor willkürlicher Verhaftung und Folter insbesondere durch rivalisierende militärische und zivile Geheimdienste sowie Milizen anzunehmen. (….) Immer wieder sind Rückkehrer erneuter Vertreibung, Sanktionen bzw. Repressionen, bis hin zu Gefährdung für Leib und Leben ausgesetzt." Und das, so das BAMF, auch unabhängig von einer tatsächlichen Regimegegnerschaft.

Potenziell alle geflüchteten Syrer*innen, sind also bei einer Rückkehr in Gefahr, Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen zu werden. Deshalb liegt die Gesamtschutzquote des BAMF bei syri-

15 Flüchtlinge Syrien: Ist ein Ende der Krise in Sicht? uno-fluechtlingshilfe.de

16 Straftäter: Nancy Faeser kündigt Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan an | ZEIT ONLINE

17 Hierzu und zum Folgenden: An der Realität vorbei: Das Urteil des OVG Münster zu Syrien | PRO ASYL

18 UN-Menschenrechtsrat besorgt: Gewalt in Bürgerkriegsland Syrien nimmt offenbar zu – n-tv.de

19 https://euaa.europa.eu/publications/country-guidance-syria-april-2024

20 Koordinationsgruppe Syrien – Amnesty International (amnesty-syrien.de)

***Flüchtgründe.***

schen Geflüchteten – sofern sie in die inhaltliche Asylprüfung kommen – bei 100 Prozent. Wenn wir die Menschenrechte als Recht jedes Menschen ernstnehmen, verbietet sich jede Fortsetzung der Debatte über Abschiebungen nach Syrien.

## *Afghanistan*

Vor wenigen Tagen, am 30. August 2024, startete der erste Abschiebecharter seit der Machtübernahme der Taliban nach Kabul. Man muss für die Straftäter an Bord keinerlei Sympathien haben. Aber das ist auch nicht nötig, um sich klarzumachen, dass Menschenrechte nur dann wirksam sind, wenn sie ohne Ausnahme für jeden einzelnen Menschen gelten. Wenn man erst mal anfängt, Ausnahmen bei der Menschenwürde zu machen, bringt man nicht nur die Betroffenen in Gefahr, sondern beginnt, unser Rechtssystem zu untergraben. Und das passiert hier: Bei jeder Abschiebung nach Afghanistan wird das Völkerrecht gebrochen. Denn damit schiebt Deutschland sehenden Auges Menschen in ein Land ab, in dem die herrschenden Taliban jeden Tag schwerste Menschenrechtsverletzungen begehen. In einem gemeinsamen Statement beschreiben Pro Asyl, Flüchtlingsräte u. a. die Lage.[21]

Die extreme Unterdrückung von Mädchen und Frauen unter den Taliban ist sicher inzwischen allgemein bekannt. Sie dürfen sich nicht frei bewegen, höhere Bildung und Arbeit ist ihnen weitgehend verboten, ebenso das Sporttreiben oder, sich in einem öffentlichen Park aufzuhalten. Seit Mitte 2023 wurden landesweit mindestens 52 Dekrete erlassen, die die Rechte von Frauen und Mädchen einschränken: Erst kürzlich wurden den Frauen im Land mit den so genannten „Tugendgesetzen“ selbst das Sprechen in der Öffentlichkeit verboten.

Wer sich den Regeln der Taliban widersetzt, muss mit drastischen Strafen rechnen. Willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Es finden öffentliche Hinrichtungen statt. Allein im Juni wurden über 60 Menschen öffentlich ausgepeitscht, vor allem wegen des Vorwurfs der Homosexualität.

Doch nicht nur Frauen und queere Menschen sind in Afghanistan verfolgt: Repressionen richten sich insbesondere gegen Angehörige der ehemaligen Regierung und Sicherheitskräfte, gegen politische Gegner, Protestierende, Journalist*innen sowie Bewohner*innen von Gebieten, die als widerständig gelten.[22] Kürzlich haben die Taliban die Einreise des zuständigen UN-Beobachters für Menschenrechte verboten.[23]

Als die Bundeswehr vor drei Jahren überstürzt das Land verließ, war sich die damalige Bundesregierung noch sehr bewusst, wie viele Menschen, Demokrat*innen und Aktivist*innen sie zurück- und im Stich ließ. In der Folgezeit wurde versucht, zumindest so genannte Ortskräfte zu retten – Verbündete, die sich für Demokratie eingesetzt hatten und

21 Gemeinsames-Statement_Abschiebungen-nach-Afghanistan-und-Syrien_final.pdf (proasyl.de)

22 Afghanistan | Kriege und Konflikte | bpb.de

23 UN Special Rapporteur says committed to people of Afghanistan despite Taliban barring entry | OHCHR

nach der Machtübernahme der Taliban besonders gefährdet waren.

Als die aktuelle Bundesregierung im November 2022 ein Bundesaufnahmeprogramm startete, sagte die amtierende deutsche Außenministerin Annalena Baerbock: „Ihnen wollen wir ein Stück Hoffnung zurückgeben und die Chance auf ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und Sicherheit". Monatlich sollten bis zu 1.000 gefährdete Personen aus Afghanistan aufgenommen werden. Tatsächlich sind es bis heute gerade mal etwas mehr als 500 Menschen, also weniger als drei Prozent von den 20.000, die es hätten sein sollen. Viele Menschen, die eine Aufnahmezusage erhalten haben und in den Nachbarstaaten wie Pakistan auf ihre Ausreisemöglichkeit nach Deutschland warten, warten seit Monaten und Jahren vergeblich. Inzwischen erhalten viele Betroffene sogar Briefe, in denen ihre Aufnahmezusage zurückgezogen wurde. Ab 2025 will die Bundesregierung die finanzielle Unterstützung für das Aufnahmeprogramm fast vollständig einstellen.[24] Hier drücken sich nicht nur logistische Schwierigkeiten oder knappe finanzielle Mittel, sondern der erkennbare politische Unwille dieser Bundesregierung aus, überhaupt noch geflüchtete Menschen aufzunehmen, ungeachtet der staatlichen Verantwortung gerade für die Verteidiger*innen einer Demokratie in Afghanistan.

Das ist eine bittere Bilanz und eine beschämende noch dazu. Gemeinsam mit den Flüchtlingsräten fordert Pro Asyl von der Bundesregierung die Fortführung des Aufnahmeprogramms und die Einstellung jeglicher, direkter oder indirekter Zusammenarbeit mit dem Taliban-Regime.

## *Türkei*

Wenn wir in den letzten zehn Jahren die Worte Türkei und Flüchtlinge in einem Satz sagten, ging es nicht um Flüchtlinge aus der Türkei, sondern vor allem um die Aufnahme von Flüchtlingen IN der Türkei, vor allem von syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen. Die Türkei ist das Land, das laut UNHCR weltweit die meisten Flüchtlinge aufnimmt – mit 3,8 Millionen. Wie sie die aufnimmt und wie sie Geflüchtete zum Teil auch martialisch abwehrt, kann ich an dieser Stelle nicht ausführen.

Aber die Türkei ist nicht nur Zielland, sondern auch einer der Hauptverursacher von Flucht und Verfolgung: Der gescheiterte Putschversuch im Jahr 2016[25] veranlasste den Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan zu einem rasanten Abbau rechtsstaatlicher Standards und demokratischer Institutionen. In wenigen Jahren hat er die Türkei zum autoritären Staat umgebaut.

Die staatliche Verfolgung richtet sich gegen Kurd*innen, politische Oppositionelle – und insbesondere gegen Anhänger*innen des islamischen Predigers Gülen, dem der Putschversuch zur Last gelegt wird. Auch Medienschaffende sowie ethnische und sexuelle Minderheiten sind unter Druck. Zehntausende Menschen sind aus dem Staatsdienst entlassen und die Stellen mit Erdogan-Anhängern aus der AKP neu besetzt worden.

Menschen, die der Regierung kritisch gegenüberstehen, laufen Gefahr, als «terroristisch» eingestuft und vom türkischen Staat verfolgt zu werden. Sicherheitskräfte foltern und misshandeln Personen, die als «Terrorverdächtige» in Haft sind. Außerdem soll es eine Praxis der Denunzierung geben. Bürger*innen zeigen andere Bürger*innen als sogenannte «Staatsfeinde» bei den Behörden an.

Was Erdoğan von Menschenrechten hält, zeigt auch der lautstarke Austritt der Türkei aus der sogenannten Istanbul-Konvention 2021 – eine Europaratskonvention, die Frauen Schutz vor Gewalt zusichert: In der Türkei werden jährlich Hunderte von Frauen ermordet, es gibt zahllose Fälle von häuslicher Gewalt.

Seit 2016 ist die Gewalt auch in die kurdischen Gebiete zurückgekehrt: Viele kurdische Bürgermeister wurden ihres Amtes enthoben, alevitische Geistliche, Journalist*innen und Blogger*innen verhaftet und verfolgt.

Kein Wunder also: Immer mehr Menschen verlassen die Türkei und suchen in Europa Asyl. Schon kurz nach dem Putsch stieg die Zahl der Asylanträge sprunghaft an. Im ersten Halbjahr 2024 registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge knapp 16.000 Erstanträge türkischer Staatsangehöriger in Deutschland[26], davon sind die meisten nach Auskunft des BAMF an Pro Asyl rund 11.000 Kurd*innen. Das bedeutet Rang drei für die Türkei auf der Liste der Hauptherkunftsländer Asylsuchender.

In diesen Tagen ist ein neues Gutachten von Pro Asyl erschienen, das die dramatische Verschlechterung der Justiz in der Türkei beleuchtet. Unter Präsident Erdoğan hat die politische Einflussnahme auf das Justizsystem erheblich zugenommen, was dazu führt, dass die Justiz ihre neutrale Rolle verloren hat, ja, zunehmend gleichgeschaltet ist.[27] Vorwürfe sind oft konstruiert und die Beweise fragwürdig.

Das alles zeigt: Die Türkei ist kein Rechtsstaat mehr. Trotzdem werden Anschuldigungen und Verurteilungen durch das Bundesamt BAMF teilweise unkritisch einfach übernommen. Antragsstellende werden so schnell unter Extremismus- oder Terrorismusverdacht für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gestellt, so dass man von einem legitimen Verfolgungsinteresse des türkischen Staates ausgeht. Die Schutzquote für Geflüchtete aus der Türkei ist skandalös niedrig. Im ersten Halbjahr 2024 sank die bereinigte Schutzquote von Kurd*innen aus der Türkei auf 4,5 Prozent (2023: 6 Prozent). Im Vergleich: Bei Angehörigen der türkischen Bevölkerungsgruppe liegt die bereinigte Schutzquote immerhin bei 57 Prozent (2023: 65 Prozent).

Pro Asyl fordert daher dringend eine Überarbeitung der Anerkennungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Politisch Verfolgte aus der Türkei, insbesondere Kurd*innen, müssen in Deutschland Schutz finden.

## *Andere Herkunftsstaaten*

Das war jetzt ein sehr kurzer Einblick in die Verfolgungssituation in den drei größten Herkunftsgruppen von Geflüchteten. Das könnte ähnlich mit etlichen Ländern fortgesetzt werden und die Beschreibung der Fluchtgründe und der Situation der Betroffenen würde nicht besser: Auszuführen wäre dann etwa…

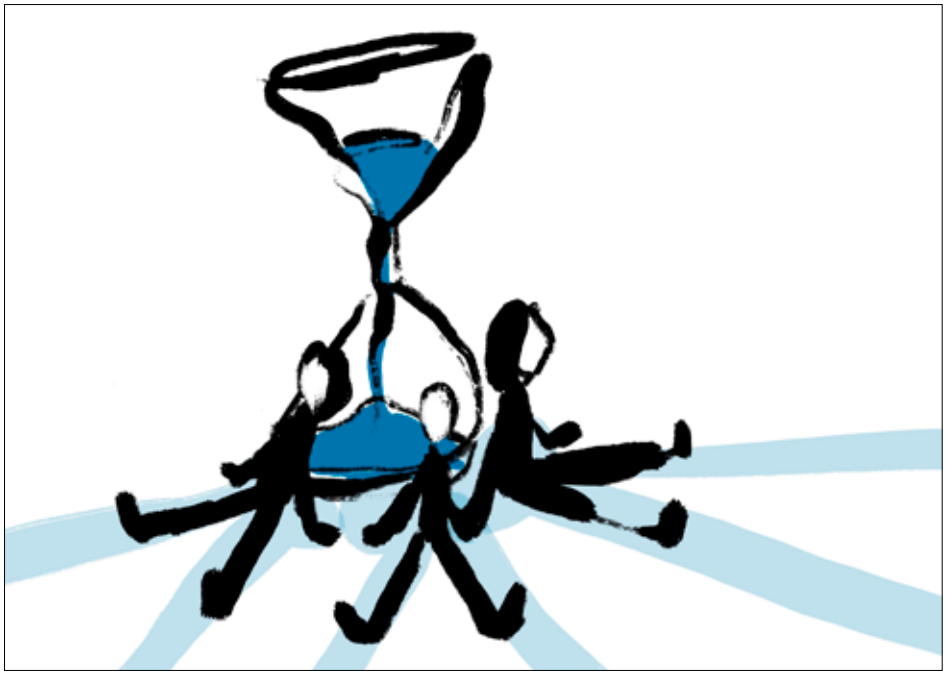
- … dass sich nach wie vor der gesamte Irak in einer angespannten Sicherheitslage befindet, jetzt, wo der Genozid an den Jesid*innen sich gerade zum 10. Mal jährt, und dass es unverantwortlich ist, dass einzelne Bundesländer beginnen, irakische Jesid*innen abzuschieben. Die Überlebende eines Völkermords würden dort in Unsicherheit, ständiger Angst vor neuer Todesdrohung und Verfolgung leben müssen. Pro ASYL hat mit dem deutsch-ira-

24 Bundesaufnahmeprogramm: Faeser will Finanzierung um fast 90 Prozent kürzen | tagesschau.de

25 Hierzu z.B. interessant: Vor 5 Jahren: Putschversuch in der Türkei | Hintergrund aktuell | bpb.de

26 Schlüsselzahlen Asyl 1. Halbjahr 2024 (bamf.de)

27 Keine Chance auf Gerechtigkeit: Politisch Verfolgte im Fadenkreuz türkischer Justiz | PRO ASYL



***Warten.***

kischen Verein WADI e. V. im April 2024 ein Gutachten[28] zur Lage der Jesid*innen herausgegeben: Die Lage ist verzweifelt und wird es wohl bis auf weiteres bleiben.

- … dass 1.800 Asylsuchende aus dem Jemen in Schleswig-Holstein eine relevante Größe sind, aber im Vergleich zur jemenitischen Katastrophe nur einen Bruchteil der Kriegsopfer darstellen. Der Bürgerkrieg im Jemen hat zu einer der schlimmsten humanitären Krisen der Welt geführt, begleitet von Kriegsverbrechen, die Unterdrückung von Frauen, Mangelversorgung und Umweltkatastrophen – und ein Ende des Konflikts ist nicht in Sicht.
- … dass sich im Iran die Situation genau zwei Jahre nach dem Tod von Jina Mahsa Amini dramatisch verschlechtert hat. Im Iran kann es passieren, dass Menschen für Social-Media-Postings die Todesstrafe erhalten. Unverständlicherweise werden die Asylanträge von Iraner*innen in Deutschland vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu einem sehr großen Teil abgelehnt. Im Juni forderten Pro Asyl und der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein gemeinsam mit anderen Organisationen, Menschen aus dem Iran vor Abschiebung zu schützen – ebenso wie Jesid*innen aus dem Irak.

Und so könnte es weitergehen. Eines sollte allerdings schon jetzt deutlich geworden sein: Nach wie vor hat der weitaus größte Teil der Asylsuchenden dramatische und existenzielle Gründe, hier Schutz zu suchen. Und es ist unsere völkerrechtliche und menschenrechtliche Pflicht, diesen Schutz auch zu gewähren.

## *Fazit*

Ich hoffe, ich habe Sie nicht ermüdet und hoffnungslos gemacht mit den – eigentlich allzu bekannten – Fakten von Kriegen, Gewaltspiralen, Verfolgung und fortgesetzten Bedrohungen.

Das Gefühl, das könnte für uns in unserem noch funktionierenden Deutschland alles zu viel werden, ist auf den ersten Blick nachvollziehbar. Das Szenario der Überforderung wird ja auch seit vielen Monaten landauf, landab vor allem von Länder- und Kommunalvertreter*innen heraufbeschworen. Inzwischen scheint es eine auch von den einst als „Gutmenschen“ verschrienen Personen, von Vertreter*innen von Grünen und SPD gefühlte Überzeugung, dass es einfach zu viel wird mit dem Asyl. Die Scharfmacher, auf der bundespolitischen Ebene vor allem aus der CDU und der FDP, scheuen sich nicht, einen „nationalen Notstand“[29] auszurufen, um sich an den Grenzen über EU-Recht einfach mal hinweg zu setzen.

Wenn man sich dagegen z. B. die nüchterne, wissenschaftliche Untersuchung zur Aufnahmesituation in den Kommunen der Uni Hildesheim[30] näher ansieht, darf man unter dem Strich das vielbemühte Bild von der Überforderung der Kommunen durch Geflüchtete durchaus bezweifeln und sich einer sachlichen Auseinandersetzung stellen.

Kontrastieren kann man dieses Bild auch mit einem Vergleich zur Bewegung in unserer Migrationsgesellschaft[31]: In den letzten Jahren wandern jährlich so etwa ein bis zwei Millionen Menschen, unter Berücksichtigung der ukrainischen Geflüchteten 2022 bis zu zweieinhalb Millionen Menschen, nach Deutschland ein. Gleichzeitig wandert ein großer Teil – auch meist eine Million oder etwas mehr – aus Deutschland aus. Gemessen an diesen großen Wanderungsbewegungen ist die Zahl der Asylsuchenden vergleichsweise klein: Im letzten Jahr betrug der Anteil der Asylsuchenden unter allen Zugewanderten rund 17 Prozent, also weniger als ein Fünftel. In den Jahren zuvor lag der Anteil, zum Teil sogar deutlich, noch darunter. In jedem einzelnen Jahr in den vergangen zehn Jahren kamen zwischen 75 Prozent und über 90 Prozent der Zugewanderten nicht über Asylantrag.

Und der aktuelle Zuzug aller reicht noch nicht, um den Wohlstand zu sichern: Wirtschaftsexpert*innen schätzen, dass Deutschland nicht nur wegen des Fachkräftemangels, sondern insgesamt wegen des drastischen Rückgangs der Arbeitskräfte jährlich eine Nettozuwanderung von 400.000 Menschen braucht[32].

Was heißt das? Wir müssen uns so oder so mit den Problemen von Überalterung, mangelhaft gepflegter Infrastruktur und fehlender Arbeitskräfte in Deutschland befassen. Wir sollten nicht länger zulassen, dass die Verantwortung für eine unzureichende Infrastruktur den geflüchteten Menschen zugewiesen wird. Dann können wir die Aufnahme Schutzsuchender wieder ohne Angst erfüllen, die Herausforderungen rational betrachten, und mehr noch: Geflüchtete vielleicht sogar als Chance für dieses Land betrachten.

Andrea Kothen ist Refrentin bei der Organisation Pro Asyl e.V. in Frankfurt/Main, www.proasyl.de

28 2024_04_23_Zur-Lage-der-Jesidinnen-und-Jesiden-im-Irak.pdf (proasyl.de)

29 https://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_109/s109_6-9.pdf

30 Expertise_Kuehn_Ziegler_Umfrage_Kommunen_Mai_2024.pdf (mediendienst-integration.de)

31 Siehe dazu Deutschland im Notstand? Verirrungen und Verwirrungen in der Asyldebatte – Flüchtlingsrat Niedersachsen (nds-fluerat.org)

32 Fachkräftemangel – Wirtschaftsweise Schnitzer: Netto-Zuwanderung von 400.000 Menschen pro Jahr (deutschlandfunk.de)